"Der Courier"

Ein Organ deutsch sprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.

herausgegeben von der „Saskatchewan Courier Publ. Co., Ltd."
J. W. Ehmann, geschäftsführender Direktor.

M. E. v. Amerongen, Redakteur.
Geschäftslokal:
1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon: — Tag: 3391 — Nacht: 2131.
Abonnementspreis:
im Voraus zahlbar.

Inland.

Mittwochausgabe (12—32 Seiten Stark)—	Ein Jahr	Sechs Monate	Drei Monate	Ein Monat
	$3.00	$1.50	$ .75	$ .35

Ausland. — Vereinigte Staaten und Europa.

	Ein Jahr	Sechs Monate	Drei Monate	Ein Monat
Mittwochausgabe	$4.00	$2.00	$1.00	$ .50

Reklamen kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht, usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75 Cents; für jede weitere Insertion 50 Cents.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90 Cents.

The Aim of the Foreign Language Newspaper of Canada

To help preserve the ideals and sacred traditions of this, our adopted country, the Dominion of Canada: To revere its laws and inspire others to respect and obey them; To strive unceasingly to quicken the public's sense of civic duty: In all ways to aid in making this country greater and better.

Wochenchronik

Die Türken und Griechenland.

Das furchtbare Desaster, welches so urplötzlich und zermalmend über die Griechen hereinbrach, zieht seine weiteren, unausbleiblichen Kreise. Smyrna steht in Flammen, die anscheinend drohen die große Stadt in einen Trümmerhaufen zu verwandeln. Das griechische und armenische Viertel sollen schon gänzlich zerstört sein; die Stadt ist von Flüchtlingen überfüllt; es herrschen Hungersnot und Seuchen. Die griechische Armee hat aufgehört zu existieren; in Athen bespricht man offen die Abdankung König Konstantins und die Rückkehr Venizelos, der sich augenblicklich in Paris aufhält. In der Hauptstadt Griechenlands hat man den Kopf verloren; diese Zustände halten gewisse Seiten für nur zu geeignet, dem Emporkömmling Venizelos, der seit Jahr und Tag darauf lauert, zur Macht zu verhelfen. In Smyrna soll es zu schrecklichen Ausschreitungen der Türken gekommen sein. Weit davon entfernt, derartiges Blutvergießen für unmöglich zu halten, stehen uns jedoch die über die Deutschen 1814/18 erlogenen Schandmärchen noch zu frisch in Erinnerung, um beim Lesen dieser Schauerberichte, nicht eine gewisse Vorsicht walten zu lassen.

Der Islam feiert überall den glänzenden Sieg, der aufs neue die nahöstliche Frage zu einem Aufrollen gebracht hat, dessen vielseitige Lösungs- und Verwicklungsmöglichkeit zu den ernstesten Sorgen Veranlassung gibt. Ein Krieg zwischen der Türkei und den Alliierten, mit Konstantinopel als Preis, droht. Raby Bey, der türkische Delegierte in Paris, kündigte an, daß die Türkei die Zurückgabe von Konstantinopel verlangen wird. Alliierte Hochkommissare eröffneten Mustapha Kemal, daß ein Eindringen in die neutrale Zone von Konstantinopel nicht geduldet wird. Die siegreiche Kemalistenarmee will gegen die Stadt marschieren, die jetzt von den alliierten Streitkräften gehalten wird.

Großbritannien hat seine gesamte Mittelmeer-Flotte in nahöstlichen Gewässern zusammengezogen, für alle Möglichkeiten bereit. Französische und italienische Kriegsschiffe sind unterwegs. Lloyd George gelang es, **die Franzosen zum Anschluß an die anderen Alliierten zu überreden**, um den Moslems eine geschlossene Front zu bieten. Bisher begünstigten sie die Türken.

Bunruhigende Gerüchte sind auf allen Seiten im Umlauf. Berichten zufolge unternehmen die Türken in Thrazien, durch den Erfolg von Mustapha Kemals Heer in Anatolien ermutigt, eine christenfeindliche Bewegung. Zusammenstöße zwischen bulgarischen Irregulären und griechischen Abteilung kamen vor.

Englisch-französische Beziehungen.

Nach halbamtlicher Angabe beabsichtigt die deutsche Regierung, die belgische Forderung abzulehnen, daß hundert Millionen Mark in Gold in belgischen Banken als Garantie für Bezahlung der August- und September-Entschädigungen hinterlegt werden. Hierdurch wird die Entscheidung in der letzten Sitzung der Entschädigungskommission, wonach Belgien Noten für die Zahlungen annehmen soll, zunichte. Belgien verweigerte die Annahme von ungedecktem Papier und verlangte Golddepositen angesichts der deutschen Erklärung, daß ein solcher Plan unmöglich sei.

Beamte der Regierung äußerten große Besorgnis über die Entschädigungslage. Man fürchtet, daß England, welches Milde für Deutschland bei Entschädigungszahlungen befürwortet hat, ein freieres Vorgehen von Frankreich und Belgien gegen das frühere Feindesland als Entgelt für ihre Unterstützung der türkenfeindlichen Politik Englands im nahen Osten zulassen wird.

Zwischen den Belgiern und der deutschen Regierung ist noch kein Uebereinkommen bezüglich Garantien für die Schatzamtsnoten, die Deutschland Belgien an Zahlungsstatt für die nächsten sechs Monate ausstellen soll, zustande gekommen. Die Verhandlungen werden sehr geheim geführt, aber es verlautet doch, daß bis jetzt nur geringe Fortschritte gemacht worden sind. Die Belgier nahmen Frankreich nach und stellen Forderungen, die Kanzler Wirth und Finanzminister Hermes nicht erfüllen können.

Die deutsche Regierung ist fest entschlossen, daß die letzten Ueberbleibsel der Goldreserve in der Reichsbank nicht als Sicherheit für die Schatzamtsnoten hergegeben werden sollen, weil sonst dem Papiergelde vollständig der Boden entzogen werden würde.

Der Vorschlag, daß die Regierung, die großen Banken und die Industrien gemeinschaftlich sich verbürgen sollten, findet Widerstand bei den Industriellen, die erklären, daß Deutschland in sechs Monaten ebensowenig imstande sein werde, Entschädigung zu zahlen, wie jetzt.

Eine neue Krise entstand. Die Deutschen, Bergmann und Fischer, kamen, um ihre Haltung zu erläutern. Wie die belgischen Beamten behaupten, zeigte es sich, daß Deutschland Belgien nicht bezahlen will. Wir verlangen jetzt, sagen sie, daß 100 Millionen Goldmark vor dem 15. September nach unseren Banken überführt werden, um die kurzfristigen Schatzamtsbonds für je 50 Millionen Mark zu decken. Wenn sich Deutschland darauf nicht einläßt, hat die Kommission zu entscheiden, ob seine Unterlassung absichtlich oder unfreiwillig ist. Im ersteren Fall können die Alliierten unter dem Versailler Vertrag Strafen zur Anwendung bringen.

Oesterreich.

Seit Jahr und Tag befindet sich Oesterreich schon in der elenden Verfassung, in der es nicht leben und nicht sterben kann, ohne daß die alliierten Regierungen etwas Beachtenswertes zur Besserung dieses Zustandes getan hätten. Oesterreich hat ihnen seine Lage eindringlich und eingehend geschildert, aber damit wenig erreicht. Italien hat im eigenen Interesse eben etwas Hilfe gewährt, kann aber mit seinen geringen Mitteln nicht durchgreifend helfen.

Die Entente hat Oesterreichs Anliegen bei der letzten Zusammenkunft ihrer Häupter an die Nationenliga verwiesen, die gegenwärtig in Sitzung ist, aber keine Pläne für eine Hilfsaktion vor sich hat. Doch mag die Sache vor das Forum der Körperschaft gebracht und besprochen werden. Die Nationanliga selbst hat natürlich kein Geld, um zu helfen, aber sie könnte doch vielleicht durch ihr Eintreten für Oesterreich ein Vorgehen der Bankinteressen möglich machen, wenn die Großmächte sich dafür verwenden wollten.

Das auf sehr bescheidene Grenzen zurückgeführte Oesterreich ist heute ein gefährlicheres Problem für Europa, als es früher Oesterreich-Ungarn war. Deutschland, Italien, die Tschecho-Slowakei, Jugoslawien und Frankreich sind alle an der Frage interessiert, was aus Oesterreich werden soll. Der österreichische Kanzler Seipel hat wiederum durchblicken lassen, daß ein Anschluß an Deutschland als der nächstliegende Schritt erscheint. Lieber eine Verschmelzung mit einer großen Wirtschaftseinheit, als fremde Kontrolle unter Beeinträchtigung der österreichischen Unabhängigkeit, sagt Seipel. Es mag noch geraume Zeit dauern, bis es zu dieser Verschmelzung mit Deutschland kommt, aber es ist die logische Entwickelung der Sachlage.

Im „Giornale Roma" wird erklärt, falls der britische Premier Lloyd George sich entschließen sollte, den Sitzungen der Ligaversammlung beizuwohnen, so würde sich auch der italienische Auslandsminister Signor Schanzer zur Besprechung der österreichischen Frage, die für Italien von vitaler Bedeutung sei, nach Genf begeben. Die Zeitung macht geltend, die italienische Regierung nehme die Haltung ein, sie würde eher in den Krieg gehen, als gestatten, daß die durch den Frieden von St. Germain festgelegten Grenzen Oesterreichs durch die Tschechoslowaken oder Südslawen geändert würden. Beigefügt wird, um jedem Land den Vorwand für einen Einfall in Oesterreich zu nehmen, sei es in erster Linie notwendig, die wirtschaftliche Lage des Landes so zu gestalten, daß interne Unruhen verhütet würden.

Signore Schanzer ist der Ansicht, den österreichischen Finanzen lasse sich aufhelfen, ohne daß die Alliierten dem Land weitere Anleihen zu gewähren hätten. Wie er erklärt, würde es genügen, wenn die Alliierten die Kredite garantieren würden, welche internationale Bankiers bereit sind, Oesterreich gegen eine Verpfändung seiner Zölle, Eisenbahneinnahmen usw. zu gewähren.

Der italienische Auslandsminister versucht, die Alliierten zu bestimmen, den Plan gutzuheißen, der seiner Ansicht nach noch durch vervollständigt werden könnte, daß die Neutralität Oesterreichs durch die Mächte garantiert würde, verknüpft mit einem feierlichen Versprechen der Aufrechterhaltung der österreichischen Grenzen, wie sie im St. Germain-Vertrag im Jahre 1919 festgelegt wurden.

Italien.

Die Kämpfe zwischen Fascisti, wie sich die sogenannte nationale Partei in Italien nennt, und Sozialisten und Kommunisten arten allmählich zum förmlichen Bürgerkriege aus. Die Aussicht für das Land scheint um so trüber, als das gegenwärtige Ministerium, mit Premier Facta an der Spitze, nach seinen früheren Leistungen zu urteilen, nicht das erforderliche Ansehen besitzt, um eine weitere Auflösung zu verhindern. Manche erinnern sich wohl an das vor Monaten in Moskau gesprochene Wort, daß die Bolschewiki jederzeit in Italien eine Revolution entfesseln können, sobald ihnen dies als vorteilhaft erscheint. Der Boden für einen roten Umsturz ist darum wohl beackert und dies erklärt wohl auch die ungemeine Heftigkeit der nationalen Partei, welche wenigstens zeitweilig ihre radikalen Gegner in eine Verteidigungsstellung gedrngthat und bei den meisten Zusammenstößen den Angreifer spielt. In amerikanischen Blättern kommt das Erstaunen zum Ausdruck, daß die Wiege der Kultur und das Erbland römischer Größe zum Schauplatz solch zügelloser politischer Ausschreitungen werden kann. Aber die Gährung in Italien ist schon lange vorhanden und sie wurde durch die Geschehnisse nach dem Kriege bedeutend erhöht. Trotz der Gewinnung von vormals österreichischem Gebiet hat die Beteiligung am Kriege dem Lande weit mehr Nachteil als Nutzen gebracht, durch die französischen Hegemoniepläne wird sogar Italiens Stellung als Großmacht bedroht. Einsichtige Leute müssen darum bedauern, daß ihr Land nicht wenigstens neutral geblieben ist, anstatt sich unter einem Treubruch auf die Seite der Entente zu schlagen, von der es nur wenig Dank geerntet hat. Die wirtschaftlichen Zustände sind ebenso unbefriedigend, wie in den meisten vom Kriege heimgesuchten Ländern, und dazu kommt noch, daß die Errichtung der sogenannten kleinen Entente, zu welcher das verhaßte Jugoslavien gehört, für Italien eine ernste Zukunftsgefahr bedeutet.

Man kann sich darum nicht wundern, wenn die tiefe Unzufriedenheit sich in revolutionären Faktionskämpfen zwischen den gegnerischen Parteien Luft macht, den Nachwehen eines die ganze Welt zerrüttenden Krieges kann eben auch Italien nicht entgehen. Mit Hilfe des Militärs wird es der egierung wahrscheinlich gelingen, allmählich wieder äußere Ordnung herzustellen, allein die dadurch erzielte Ruhe kann angesichts der Wirren politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse kaum von sehr langer Dauer sein. Schließlich ist auch der italienische Bürgerkrieg nur ein Spiegelbild von der allgemeinen tiefen Zerrüttung der Welt.

England.

Daß England die frühere deutsche Insel Naru, im Pazifik, unterhalb des Aequators, belegen, eingesackt hat, ist, nach der in den Vereinigten Staaten herrschenden Ansicht, eine flagrantere Verletzung der Mandat-Bestimmungen des Versailler Vertrags, als die ungerechtfertigte Aufteilung der Oelländereien Mesopotamiens zwischen England und Frankreich. Durch den Protest des Völkerbundes wurde die Aufmerksamkeit der Welt auf diesen Grabsch Englands gelenkt. Die Insel Naru ist insofern von großer Wichtigkeit, als sie genug Phosphate birgt, um die Welt 200 Jahre lang damit versorgen zu können. Die Insel wurde durch den Versailler Vertrag als Mandat den britischen Kolonien überwiesen.

Staatssekretär Colby protestierte seinerzeit gegen den Kuhhandel in Mesopotamien, und sein Nachfolger, Hughes, sandte später eine in ähnlichem Sinne gehaltene Protestnote an die Vertragsmächte, in der gesagt wurde, die Vereinigten Staaten könnten den Schacher nicht anerkennen. Als dann die berühmte Abrüstungskonferenz in Washington zusammentraf, ließ man den Protest einschlafen.

Es heißt jetzt, die Angelegenheit Naru werde wahrscheinlich dieplomatisch aufgenommen werden, sobald Sekretär Hughes aus Brasilien zurückkehre, wenn bis dahin die ganze Geschichte nicht längst vergessen ist.

General Jan Hamilton stellte eine interessante Frage. Wie kommt es, fragt er, daß die beiden letzten erfolgreichen Kriege, der eine gegen die Buren in Südafrika, der andere gegen die Deutschen, so entgegengesetzte Folgen hatten? Wie kommt es, daß der Burenkrieg Fehden, Rassehaß, Bankerott und Blutvergießen, die südafrikanischen Fortschritt gehemmt, ein Ende machte, während der große Krieg Rassehaß, Bankerott und Blutvergießen über den besten Teil der Welt gebracht und Mitteleuropa in einen Vulkan des Hasses verwandelt hat?

Und bei Einweihung eines Kriegsdenkmals beantwortete der General seine Frage selbst. Der Grund ist, sagte er, daß unsere Politiker die Ideale Jener, dnen wir Kriegsdenkmäler errichten, gänzlich mißachten, indem sie einen Gewaltfrieden anstatt einen großmütigen schlossen. Es ist hier nicht der Ort, um zu sagen, was ich vom Versailler Vertrag halte. Ich kann nur sagen, daß die Sache des Friedens trotzdem noch nicht verloren ist, wenn Sie ihren Sinn mehr auf die Absichten dieser Jungen, welchen dieses schöne Denkmal errichtet ist, richten als auf die Handlungen, durch welche diese Absichten zu nichte gemacht worden sind.

Ungarn.

Ungarn hat ein kommerzielles Abkommen mit Italien geschlossen, nach dem Ungarn eine beschränkte Anzahl lebenden Viehes nach Italien im Austausch gegen Textilwaren exportieren wird. Englische und tschechische Textilwaren kann man hier infolge der Valuta nicht kaufen. Wieviel Vieh ausgeführt und wieviel Textilwaren von Italien eingeführt werden sollen, ist nicht bekannt gegeben.

Die kommende Ernte in Ungarn wird etwa 12,000,555 Quintal Weizen, 6,500,000 Quintal Roggen und 9,000,000 Quintal Kartoffeln ergeben, nach der offiziellen Abschätzung des Ackerbauministers. (Ein Quintal ist gleichbedeutend mit etwa 220½ Pfund.)

Frankreich.

Der Jahrestag der Marneschlacht wurde durch eine Gedenkfeier in der Kathedrale begonnen. Bei einer öffentlichen Feier, die trotz strömenden Regens und beißenden Windes gut besucht war, fand Premier Poincare erneut Gelegenheit, zu erklären, Frankreich sei entschlossen, von Deutschland alles zu erlangen, was ihm zukomme.

„Auf dem Schlachtfeld der Marne", schloß der Premier seine Rede, „laßt uns schwören, Gerechtigkeit zu erlangen."

Der Premier erinnerte seine Zuhörer daran, daß die Gutmachungsfrage immer noch nicht gelöst sei, und setzte dann hinzu: „Laßt uns endlich einmal an das Problem in seiner Gesamtheit herantreten und in die Lösung jene interalliierten Schulden einschließen, für welche uns die Rechnung vorzeitig präsentiert wurde."

Der Premier erklärte, Frankreich erwarte, bezahlt zu werden und wandte sich dann gegen die lautgewordene Kritik, Frankreich dränge Deutschland zu hart, indem er sagte: „Wir können auf unsere Ansprüche nicht verzichten, ohne Frankreich zu ruinieren und der Ruin Frankreichs würde für ganz Europa die schrecklichste Katastrophe zu bedeuten haben. Freiwillig oder unfreiwillig muß Deutschland seine Versprechungen erfüllen. Wenn uns Niemand helfen will, wieder auf die Füße zu kommen, dann werden wir uns eben selbst helfen müssen."

Feldmarschall Viscount French von Ypern, der die britische Streitkräfte in der Schlacht an der Marne kommandierte, sprach im Namen Englands. Die übrigen alliierten und assoziierten Mächte waren durch Militär-Attaches vertreten.

Ueber die in maßgebenden Kreisen Frankreichs gegen Deutschland herrschende Stimmung gibt u. a. ein Artikel des nationalen „Echo" von Paris in seiner Ausgabe vom 20. August Auskunft. Das „Echo" bedauert die Differenzen mit England und erklärt, wenn Frankreich den Versailler Vertrag bewahren wolle, dann könne es dies nur mit Hilfe Englands. „In diesem Sinne", so fährt das Blatt fort, „müssen wir mit Deutschland über ein praktisches Abkommen verhandeln — selbstverständlich ein beschränktes Abkommen—, das auf keinen Fall zu einer engen politischen Zusammenarbeit führen darf, mit der man sich von gewisser Seite her abzufinden scheint. Würde man schon heute sich nach einer derartigen Zusammenarbeit orientieren, so wäre das tölpelhaft. Wir würden damit in erster Linie den Versailler Vertrag und die Reparationsrechte als Einsatz riskieren. Man kann weitergehen und versichern, daß ein Zusammenschluß mit Deutschland für uns gefährlich wäre, selbst wenn er im Anfang einige Vorteile bieten würde. Deutschlands Mitarbeit würde auf eine Verdoppelung seines materiellen Wohlstandes hinauslaufen — darin lag schon vor dem Kriege Deutschlands Machtquelle —, und auf die Dauer würde damit die Unabhängigkeit und Freiheit erstickt werden." Frankreich werde noch für einige Jahre seine zweifellose Hegemonie über den Kontinent behalten. Diese danke es seiner militärischen Organisation der Gesundheit seines Volkes und der Hilfe all der kleinen Staaten, die im Jahre 1919 errichtet worden seien. Frankreich sei auch ohne Unterstützung Englands in der Lage, den Friedensvertrag aufrechtzuerhalten, da England keinerlei Aktion auf dem europäischen Kontinent vornehmen könne. Nur in diesem Geiste dürften praktische Abmachungen mit Deutschland gesucht werden.

Georges Clemenceau kommt nach den Ver. Staaten, um Amerikanern zu sagen, daß sie mit Frankreich und England zusammenstehen müssen, um die Aufgabe der Errichtung eines dauernden Weltfriedens zu vollenden. Der alte Tiger, der seit seinem Ausscheiden aus der Politik vor zwei Jahren in Abgeschlossenheit lebt, machte diese Ankündigung in einem Telegramm.

Rußland.

Russische Sovietbeamte scheinen äußerst zuversichtlich zu sein, daß die Konferenz mit den Japanern in Chang Chung dem fernen Osten Frieden und die Wiederausdehnung der russischen Einflußsphäre nach Wladiwostok bringen wird.

Es verlautet, daß die Bahnverwaltung sich vorbereitet, den Dienst auf der Europa-Asien Route mit direkten Durchzügen von Moskau nach Wladiwostok wieder herzustellen, während die Zeitungen die Gründung einer Gesellschaft ankündigten, um Aeroplane von Petrograd nach der Stadt im Osten zu operieren. Schon operieren wieder russische Luxuszüge so weit bis Chita, und Moskau sieht zum ersten Mal seit 1918 voraus, daß die russische oder eine alliiertrussische Flagge wieder auf dem Stillen Ozean weht. Eine Depesche aus China sagt, daß Delegaten, die die Fernöstliche Republik vertreten, neulich nach Nikolaiewsk gingen, wo sie mit den Japanern konferierten. Die dortigen japanischen Kaufleute sollen dem Wunsche Ausdruck gegeben haben, zu bleiben, wenn die Fernöstliche Republik die Regierung übernimmt. Die Chita Delegaten konferierten auch mit dem amerikanischen Konsul Thomas und dem amerikanischen Militärattache.

Rote Parteigänger haben den Distrikt bei Wladiwostock besetzt und die weißen Russen in der Stadt befüchten, daß sie abgeschnitten werden können.

Der russische Rubel hat einen Tiefstand erreicht. Für einen amerikanischen Dollar erhält man jetzt 7 Millionen Rubel.

Deutschland.

Reichskanzler Wirt richtete vor einigen Tagen folgende Worte an die Vertreter ausländischer Korrespondenten:

„Wir stehen vor einer großen Katastrophe der europäischen Kultur, wenn man uns nicht über unsere Lebensquellen verfügen läßt. Frankreich gewinnt aus seiner Politik nichts; denn es macht Deutschland nur reparationsunfähig durch die Unmöglichkeit der Goldleistungen, der naturgemäß die Unmöglichkeit der Sachleistungen folgt, die einem zerbrochenen Wirtschaftskörper nicht auf die Dauer entzogen werden können. Ich appelliere nicht an Ihre Sentimentalität, aber es ist etwas Gewaltiges, am Sterbebette eines Volkes zu stehen und zerrinnen zu sehen, was in politischer Arbeit aufgebaut wurde. Die Aufgabe der nächsten Politik in Deutschland ist die Sicherung der staatlichen Ordnung. An dieser staatlichen Ordnung eines 60-Millionen-Volkes ist die ganze Welt interessiert."

Die Frage, warum Deutschland nicht zahlen könne, wird von Guglielmo Ferrero in einem ausgezeichneten Artikel des Secolo dargelegt. Schon auf der Pariser Konferenz habe ihm ein Vertreter der kleinen Staaten gesagt: „Die Entschädigungen werden die Tragödie des Friedens sein. Die Gerechtigkeit verlangt sie, aber die Macht sie aufzuerlegen, ist nicht vorhanden. Zu den vielen Illusionen des Sieges gehört auch diese." Ferrero führt dann etwa folgendes aus:

„England hat leichtes Spiel, nachzuweisen, daß alle von Frankreich oder andern Staaten als Bedingung des Zahlungsaufschubs vorgeschlagenen Unterpfänder schwer durchzusetzen, von zweifelhafter Furcht und bisweilen nicht ohne Gefahr sind. Aber auch Frankreich hat unwiderleglich Recht, wenn es darauf erwidert, daß ohne Unterpfänder der Zahlungsaufschub den Zahlungserlaß bedeutet. Wenn die Entschädigungen aber fallen, wird einer der wichtigsten Teile aus dem Versailler Vertrag herausgenommen, und das ganze Gebäude wird hinfällig. Um Deutschland zum Zahlen zu zwingen, reichen alle die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht aus. Das einzige Mittel wäre vielleicht, daß die Sieger Deutschland unter ihre Verwaltung nehmen. Aber werden sie, die kaum ihre eigenen Staaten regieren können, über das Volk die Regierung führen können, das noch bis vor kurzem das stärkste gewesen ist? Aber selbst dieses Mittel wird heute keinen Erfolg mehr haben, denn Deutschland ist in vollkommenem wirtschaftlichen Verfall begriffen. Es ist ein Irrtum, zu meinen, der Friede, der ja in seinen wirtschaftlich-finanziellen Klauseln nur zum allerkleinsten Teile ausgeführt ist, habe Deutschland ruiniert. Deutschland hat sich durch den ungeheuerlichen, unsinnigen und herkulischen Krieg, den es allein mit eigenen Mitteln geführt hat, ruiniert. Amerika und England haben während des Krieges im Gegensatz zu Deutschland ungeheure Gewinne gemacht, aus denen sie die Anleihen ihrer Verbündeten bestreiten konnten, mit denen diese sich wenigstens bis jetzt aufrecht erhalten. In Deutschland aber beginnt die Verarmung der großen Massen mit dem Tage der Kriegserklärung und sie hält heute bereits über acht Jahre lang an. Regierung und Volk gehen dem Abgrund entgegen, und auch der Zahlungsaufschub wird nur eine scheinbare Erleichterung schaffen, weil das Uebel ältere und tiefere Wurzeln hat. Die wahre deutsche Krise hat noch nicht begonnen, der Fall der Monarchie war nur ihr erster Akt. Deutschland wird noch eine Krise von der Tiefe der russischen durchmachen müssen. Welcher Art diese sein wird, kann niemand voraussehen, sicher aber ist, daß sie ganz Europa erschüttern wird."

Einen geradezu haarsträubenden Bericht bringt der „Nordhäuser Generalanzeiger" über die Entführung des Schriftleiters G. Schüren aus Nordhausen durch Franzosen. Danach ist Schüren in unmittelbarer Nähe Nordhausens auf offener Landstraße von den französischen Insassen eines Ententeautos überfallen, betäubt und nach Metz entführt worden. Von dort sollte er mit anderen Deutschen zur Fremdenlegion verschleppt werden. Glücklicherweise gelang es Schüren noch in Metz, aus der Kaserne zu entfliehen und nach Deutschland zurückzukehren. Es dürfte schwer halten, für diesen Schurkenstreich der „grande nation" überhaupt noch Worte zu finden. Denn alles deutet darauf hin, daß es sich hier nicht um einen Einzelfall handelt, sondern um eine planmäßig organisierte Menschenjagd. Offenbar hält man links des Rheines die Zeit schon für gekommen, um den im Sudan abgeschafften Sklavenhandel nunmehr im Herzen Deutschlands neu zu organisieren. Man wird wohl hoffen können, daß sich die Regierung dieser französischen Sklavenjägerorganisation etwas annehmen wird.

Courier Spähne.

„Lasset uns schwören, daß wir auf Gerechtigkeit bestehen!" sagt Poincare. Leider ist dies aber nur die sattsame bekannte „Poincaresche Gerechtigkeit."

* * *

Gerade die Menschen, die sich immer beklagen, daß man ihre Verdienste nicht anerkenne, sollten zufrieden sein, daß es so ist.

* * *

Frankreich und Italien halfen dem kranken Mann am Bosporus und in Angora so auf die Füße, daß er den Griechen das Laufen lehrte.

* * *

Das warme Nest, Konstantinopel, in dem es sich die Engländer so behaglich sein ließen, scheint mit jedem Tag wärmer zu werden.

* * *

Alles reißt sich um den Besitz Konstantinopels; es fehlt nur noch Trotzky und der Hexensabbath ist fertig.

* * *

Hon. Arthur Meighens neuestes Schlagwort ist „Humbug". Man kann ihm das nicht verübeln, da die Wähler ihm bei den letzten Dominionwahlen nur zu deutlich bewiesen wie müde sie des konservativen Humbugs sind.

* * *

Unter den Politikern soll Lloyd George der populärste in England sein. — Klingt beinahe wie ein ersehntes Vertrauensvotum.

* * *

Premier Dunnings energisches Eintreten für die Farmer ist ein rechter Schritt in rechter Richtung. — Was sagen die Progressiven dazu?

* * *

Der drei amerikanischen Automobilisten, welche bei ihrer Festnahme schwer bewaffnet gefunden wurden und angeblich sich als Erntearbeiter verdingen wollten, bedarf Saskatchewan nicht, denn zum Garbenaufstellen und an der Dreschmaschine braucht man keine geladenen Revolver.

* * *

Auf einer Albertafarm will man in einem Bett eine Klapperschlange entdeckt haben. — Und dabei soll Alberta „trocken" sein.

Die vierzehn Punkte der Wirklichkeit.

Der ehemalige italienische Ministerpräsident Nitti, der durch sein Buch über den Versailler Frieden die Welt über die Gefährlichkeit des Versailler Vertrags aufgeklärt hat, kämpft mutig weiter, um gegen das Unrecht von Versailles aufzurufen. So hat kürzlich das Berliner Tageblatt einen Artikel von ihm veröffentlicht, in dem er die Mißachtung der vierzehn Punkte Wilsons brandmarkt. Nitti schreibt, niemals seien die feierlichsten Erklärungen in so kurzer Zeit gebrochen worden, wie es bei den 14 Punkten durch den Vertrag von Versailles geschah. Das seit einem Jahrhundert an Sieg gewohnte Deutschland habe seine Macht niemals in der Weise mißbraucht, wie es durch die Entente in Versailles geschehen ist. Aus den 14 Punkten, die Wilson als Richtlinien für den Friedensvertrag feierlich proklamiert habe, seien die 14 Punkte der Wirklichkeit, die 14 Punkte der Entente geworden.

1. Abschluß der Verträge ohne Anhörung der Besiegten, wie es wilden Völkerstämmen gegenüber geschieht.
2. Offene Verletzung des Nationalitätenprinzips.
3. Mehrrüstung statt Abrüstung.
4. Abtrennung einwandfreier deutscher Gebiete in Ostpreußen und Danzig.
5. Unterdrückung des Saargebiets.
6. Wegnahme der deutschen Kolonien und der deutschen Handelsflotte.
7. Auferlegung ungerechtfertigter Kriegsentschädigungslasten.
8. Druck durch Besetzung deutscher Gebiete.
9. Drangsalierung der Deutschen durch die Reparationskommission.
10. Versuch, das Rheinland vom Deutschen Reich zu trennen.
11. Die Schande durch die schwarzen Besatzungstruppen.
12. Zerstückelung Oberschlesiens.
13. Wirtschaftliche Zerrüttung des Deutschen Reiches.
14. Ein Völkerbund, der zum Instrument der Siegerstaaten geworden ist.

Der Versailler Vertrag moralisch und juristisch unverbindlich.

Ein norwegisches Urteil.

Der norwegische Völkerrechtslehrer Gjetsvik, Professor der Rechtswissenschaft an der Universität Christiania, hat sich dem Heidelberger Rechtsprofessor Dr. Neubecker gegenüber über die rechtliche Ungültigkeit des Friedensvertrages geäußert, und den Heidelberger Universitätsprofessor laut „Badischer Post" beauftragt, das völkerrechtliche Gutachten zu veröffentlichen. Der norwegische Professor ist mit der von dem früheren Außenminister Dr. Simons geäußerten Ansicht, daß alle Bestimmungen des Friedensvertrages zwar juristisch verbindlich seien, weil Deutschland ihn unterschrieben habe, aber nicht moralisch verbindlich, als Völkerrechtslehrer nicht einverstanden. Er meint im Gegenteil, daß diejenigen Bestimmungen des Friedensvertrages, die nicht im Einklang mit dem Waffenstillstandsvertrag stehen, nicht nur moralisch, sondern auch juristisch unverbindlich sind. Bei der Begründung dieses Gutachtens geht der norwegische Gelehrte von den Waffenstillstandsbedingungen aus, die, wie Wilson selbst im amerikanischen Kongreß erklärte, es Deutschland unmöglich machten, den Krieg wieder aufzunehmen. Wenn die Entente diese Situation so ausnütze, daß die Friedensbedingungen nicht mit dem Waffenstillstandsvertrag übereinstimmen, so sei das ein völkerrechtlicher Betrug, der den Friedensvertrag juristisch unmöglich machen müsse. Man könne hier nicht einwenden, daß Gewalt oder Zwang gegen einen Staat eine anerkannte Weise ist, gültige Verträge herbeizuführen. Dieser Satz sei zwar im allgemeinen richtig, treffe aber im vorliegenden Falle gar nicht zu. Wenn man einen Gegner durch Versprechungen dazu bewegt, die Waffen auszuliefern, so daß er den Krieg nicht weiter führen kann, und dann die Versprechungen nicht einhält, dann wäre es um das ganze Völkerrecht geschehen, und ein auf solchem Betrug aufgebauter Völkerbund kann kein wahrer Völkerbund werden, sondern nur dazu dienen, die Welt über den völkerrechtlichen Betrug einige Zeit hinwegzutäuschen. Man kann freilich während des Krieges Listen benutzen, aber man kann es nicht als erlaubte Kriegslist betrachten, daß man den Gegner bewegt, die für die weitere Kriegführung nötigen Mittel auszuliefern, durch Versprechungen, daß er einen bestimmten Frieden erhalten werde und dieses Versprechen nicht einhält. Jedermann mit natürlichem Rechtsgefühl sträubt sich dagegen und jeder Jurist muß sagen, daß auf diese Weise ein Recht unter den Völkern nicht bestehen kann. Schon die Römer sagten: „Auch dem Feinde muß man die Treue halten." So muß es auch in diesem Falle sein. Wenn man aber über die Innehaltung gemeinsamer internationaler Verträge im allgemeinen spricht, so darf man die Heiligkeit des Waffenstillstandes nicht vergessen. Er muß die Grundlage eines neuen und wahren Friedensvertrages bilden.

Die „Times" zu den Veröffentlichungen über die deutsche Politik vor dem Kriege.

In einer ersten Besprechung über die Veröffentlichung der deutschen diplomatischen Dokumente vor dem Kriege sagt Headlam-Morley in den „Times":

Der Eindruck, den man uns aus dem privaten Briefwechsel Bismarcks mit dem Kaiser und seinen Amtsgenossen gewinnt, ist ein höchst bemerkenswerter. Diejenigen, welche sich die so ausnahmsweise Stellung in das Gedächtnis zurückrufen, die Bismarck und sein königlicher Herr im europäischen System gewonnen hatten, das offenbare Vertrauen und die Stärke, mit dem das neue Deutsche Reich seinen Platz unter den europäischen Mächten eingenommen hatte, die militärische Macht, auf welcher die ganze Struktur basierte, das stark entwickelte Zutrauen, mit dem die Deutschen gewohnt waren und aufgefordert wurden, sich auf die Armee und die Regierung zu verlassen, werden erwarten, etwas Gleichartiges zu finden, wenn sie beim Lesen zu der inneren und geheimen Geschichte gelangen. — Sie werden sich aber enttäuscht sehen. Was wir finden, ist etwas ganz Verschiedenes. Der Ton ist eher der einer ständigen Besorgnis vor kommenden Gefahren, eine Erkenntnis der Gefahren, von denen das neue Reich umgeben ist, eine intensive Nervosität vor der Möglichkeit, daß plötzlich irgend eine große Koalition ins Leben springen könnte, durch die alle Errungenschaften gefährdet werden möchten.

Dies Bild macht einen viel tieferen Eindruck, als das der volkstümlich gewordenen Vorstellung. — Wir sehen einen alten Mann, abgearbeitet und müde, wie er gegen seine Krankheit und Erschöpfung kämpft, von Besorgnissen und Befürchtungen gequält, wie er sich in dem Dienste seines Landes abmüht und in der Erhaltung des Friedens, der in seinen späteren Jahren, so verschieden von seinen früheren, das Hauptinteresse Deutschlands war. Denn in seinen alten Tagen war Bismarck so beharrlich, den Krieg zu verhindern,

(Fortsetzung auf Seite 11.)